

Eine schlechte deutsche Tradition sucht das Heil in der sozialen Bewegung.
Doch für seine Sanierung braucht das Land jetzt eher eine Festigung
seiner Institutionen

Den Staat wagen

Von Gerd Held

Merkwürdiges geschieht dieser Tage in Deutschland. Wir haben eine moralisch hochaufgeladene Debatte über die jüngsten Sozial- und Arbeitsmarktreformen – aber höhere Anliegen kommen darin überhaupt nicht vor. Wenn jemand seine Betroffenheit über eine Einkommenskürzung oder eine neue Leistungspflicht mitteilt, gilt das per se als Argument mit moralischer Qualität. Es reicht der Hinweis, daß es andere gebe, die von dieser oder jener Kürzung nicht betroffen seien oder die überhaupt in besseren Verhältnissen lebten. Werden solche Anliegen nur genügend hitzig vorgetragen, wird ihnen sogleich bescheinigt, es ginge hier um „soziale Gerechtigkeit“. So entsteht der Eindruck, die Protestierenden seien besonders sozial engagiert – während die anderen, die versuchen, ihre Lebensführung und ihre Leistungen an die neue Situation anzupassen, als sozial „kalt“ gelten. Warum aber gilt die Abwehr eines Zusammenbruchs der Sozialversicherungen oder die Sorge um einen verfassungsgemäßen Haushalt nicht als moralisches Gebot?

Es geht um den Verlust allgemeiner Maßstäbe der Moral, um eine neue Staatsferne der Moral. Denn jener eifernde Gerechtigkeitssinn, der da aus seinen Privatwohnungen heraus räsoniert, kennt eigentlich nur einen Binnenraum. Hier ist „die Gesellschaft“ mit sich selber zu Haus, auch wenn sie auf die Straße geht. Die äußere Welt ist keine Herausforderung mehr, eine merkwürdige Schicksalsergebenheit herrscht. Wenn der Staatshalt aus den Fugen gerät, erscheint das äußere Gewalt, als eine Art Sturmflut, bei der es hierzulande

zur öffentlichen Angewohnheit geworden ist, ein „Ich verstehe das nicht“ zu stammeln. Der Diskurs der sozialen Gerechtigkeit zieht die Grenze der menschlichen Verantwortung immer enger, er verkleinert das Verantwortungsgebiet. Es geht nur noch um ein gesellschaftliches Binnenverhältnis – während das Land mit seinen politischen und wirtschaftlichen Institutionen irgendwo draußen liegt.

Gäbe es zumindest eine vage Vorstellung vom Rang unseres Landes, so könnte man die soziale Sicherung unter dem Gesichtspunkt betrachten, ob Deutschland für eine mehr oder weniger große Bevölkerung aufnahmefähig ist. Es geht dann also um den Gesamtplatz für die Citoyens im elementaren Sinn. Platz für eine zahlreiche Bürgerschaft ist nur dann möglich, wenn die Sozialpolitik ihre Mittel auf einen (Teil-)Schutz in marginalen Lagen und Notsituationen konzentriert. Mittelstandsförderung hingegen läuft auf die Dauer immer auf eine Verengung des Platzangebots hinaus – nicht nur, weil das Geld dann unten fehlt, sondern auch, weil sie die Unterklassen in ihrem besonderen Existenzkampf nicht anerkennt, sondern entmutigt. So entsteht keine *great society*, sondern eine ziemlich exklusive Mittelstandsgesellschaft. Auf die eine oder andere Art sind daher alle Reformen in der Arbeits-, Kranken- und Rentenversicherung auch Entscheidungen über das zukünftige Staatsvolk. Über das Volk, das wir in den kommenden Generationen sein werden, müssen wir jetzt entscheiden. Nur in diesem Sinn kann eine positive Vision über das bloße Einsparen aus Notwendigkeit hinaus formuliert werden.

Keine offene Gesellschaft kann ohne eine äußere Herausforderung leben. Nicht nur von sich, sondern von ihrem Land muß sie eine Vorstellung haben und es in der Welt positionieren können. Warum fehlt das in Deutschland?

Es hat mit unserem seltsamen Verständnis vom Staat zu tun. 1965 erschien Ralf Dahrendorfs grundlegendes Buch „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“ – die erste umfassende soziologische Studie, welche die Bundesrepublik Deutschland als ein neues Gemeinwesen würdigte, das entschieden mit schlechten deutschen Traditionen gebrochen habe. Ein Kapitel darin trägt den Titel „Der Mythos des Staates“. Es dokumentiert eine erstaunlich frühe Absage an etwas, das gerade erst begonnen hatte: die politische (Re)Konstruktion Deutschlands. Denn ein stabiles Staatswesen war ja nicht eine deutsche Normalität des bisherigen Jahrhunderts gewesen – weder die Wilhelminische noch die Weimarer Epoche und schon gar nicht die Parteidiktatur des NS-Regimes hatte die Grundprobleme einer staatlichen Ordnung und Positionierung des Landes gelöst. Die These Dahrendorfs von einer zu starken Staatsräson in Deutschland hätte also durchaus Befremden und Widerspruch auslösen können, zumal andere Beobachter der jungen Bonner Bundesrepublik weniger Jahre vorher noch attestiert hatten, daß es ihrer Staatlichkeit an Gewicht fehlt und den Institutionen etwas Nur-Darstellerisches anhaftet.

Aber der Wechsel der Blickrichtung, die bei Dahrendorf zum Ausdruck kommt, hat sich erstaunlich reibungslos im Lande durchgesetzt: Weg vom Staat, hin zur Gesellschaft. Es sind wohl die 60er Jahre gewesen, in denen sich ein Selbstbild der Deutschen herausgebildet hat, an dem sie in den folgenden Jahrzehnten beharrlich festhielten. Diesem Selbstbild zufolge gibt es eine an sich gute Gesellschaft. Sie allein gilt als Schauplatz von Engagement, Konfliktfähigkeit und friedlicher Zivilität. Der Staat dagegen gilt schon deshalb als verdächtig, weil er eine besondere Institution

ist. Ob diese Besonderung notwendig ist, damit sich die Räson der Bürger konzentrieren und schärfen kann, wird gar nicht erwogen. Man sieht sowieso nur die Möglichkeit zu einem stillgläubigen Emporschauen.

Nach diesem Muster verteilt Dahrendorf die Karten zwischen Gesellschaft und Staat, und darin ist die ganze geistig-moralische Wende der Deutschen in eine neue Staatsferne schon enthalten. Sie stand beim „Mehr Demokratie wagen“ ebenso Pate wie bei der Auslagerung staatlicher Entscheidungskompetenz an sogenannte unabhängige Kommissionen und Berater. Während auf Seiten des Staates das Durcheinandermischen von Verantwortlichkeiten zwischen Bund, Ländern und Gemeinden in immer neuen Kooperationen erfolgte, schossen bei den Bürgern die Förderwünsche, die Ablehnung von Polizei- und Militärgewalt und natürlich die Abneigung gegen das Zahlen von Steuern ins Kraut. Dem deutschen Hang zum „zivilen“ Zweit- und Schattenstaat waren ein schlicht repräsentatives Parlament, eine eindeutig verantwortliche Exekutive und eine konzentrierte Hauptstadt zu autoritär.

Das war ein recht simpler Ausweg aus dem deutschen Staatsdilemma des 20. Jahrhunderts: Man verzichtete auf die nachholende Entwicklung einer Staatsräson. Stattdessen wurde eifrig in die Gesellschaft umgelagert. Und das war keineswegs nur eine Folge von 1968. Denn die Türen, die da mit viel Geschrei eingerannt wurden, standen schon vorher sperrangelweit offen. Auch spätere Polarisierungen wie jene von „Freiheit oder Sozialismus“ beruht im Kern auf einem staatsfernen Gegensatz. Hier stritten sich vor allem individueller und kollektiver Eigennutz, während höhere Ziele des Landes gar nicht vorkamen.

Dahrendorf entwarf ein extrem preußenfernes Bild der Republik. Und diese hat es bereitwillig zu ihrem Selbstbild gemacht. Sein Hauptfeind ist Hegel. In dessen Staatsphilosophie sieht er den Inbegriff einer angeblich typisch deutschen Mythologisierung des Staates. Hegel allerdings

hatte „Staat“ und „bürgerliche Gesellschaft“ prinzipiell unterschieden. Und er hatte sich scharf dagegen gewendet, den Staat als bloßen Garanten der Gesellschaft in Gestalt von Menschen- und Eigentumsrechten und als bloßen Förderer des allgemeinen Wohlergehens zu sehen. Für Hegel verkörperte der Staat eine eigene moralische Substanz. „Der Staat ist die Wirklichkeit der sittlichen Idee“ lautet Hegels Zentralsatz, und dieser ist es, der Dahrendorf so erbittert. Hier werde nur einem hohlen Wertepathos des Staates das Wort geredet und blinder Gehorsam gefordert, liest man. Das freilich unterschlägt den eigentlichen Akzent des Satzes. Hegels Staat begründet sich aus dem Erfordernis einer allgemeingültigen, ausdrücklichen und wirklich umsetzbaren Form höherer moralischer Ziele. Solange solche Ziele nur in der Gesellschaft zirkulieren, haben sie noch nicht die ihnen adäquate Form gefunden. Über „Werte“ läßt sich immer streiten, und nie wirklich zu Ende streiten. Erst in der staatlichen Form unterliegen alle höheren moralischen Ansprüche einem Entscheidungs- und Verwirklichungszwang. Erst hier werden die einzusetzenden Beiträge und Opfer konkret. Erst hier wird Moral zur verbindlichen Tat. Die Hegelsche Staatsphilosophie ist realitätshaltiger als die Konfliktsoziologie Dahrendorfs.

Wenn aber ohne staatliche Form eine realitätsfeste „sittliche Idee“ des Ganzen nicht zustande kommt, dann kann auch das richtige Maß des Sozialstaats nicht bestimmt werden. Der Sozialstaat ist

per se nur eine Teilgröße. Er bietet von sich aus kein Leitbild für das ganze Land. Aber er kann unter Umständen zur Ersatzveranstaltung für den Staat insgesamt werden – und dann entsprechend eine Übergröße annehmen. Dann können auch die Menschen in prekären Lagen keinen angemessenen Platz finden. Die Lage derjenigen, die wirklich im Existenzkampf am Rand des Abgrunds stehen, kann dort, wo es nur um sozialen Ausgleich geht, gar nicht berücksichtigt werden. Dazu muss das Land in seinen objektiven Voraussetzungen und Herausforderungen betrachtet werden. Erst dann kann bestimmt werden, was zu einer *great society* gehört. Erst dann können auch die marginalen Lagen angemessen bewertet werden. Sie können als solche anerkannt werden – und nicht erst beim Aufstieg in den Mittelstand.

Der gegenwärtige Sozialstreit zeugt von der Sackgasse, in die Deutschland mit der Entscheidung zur Staatsferne geraten ist. Die Binnenperspektive der sozialen Gerechtigkeit macht das Land eng und zahlenmäßig klein. Denn diese Gerechtigkeit beschneidet nicht nur die Reichweite der Starken, sondern sie schützt auch nicht die kleinen Handlungsmöglichkeiten der Schwachen. Deshalb wird jetzt kein neuer Appell an die Zivilgesellschaft helfen, sondern nur eine Neuvermessung der Möglichkeiten des Landes in den Maßeinheiten eines verbindlichen, sachgerechten Staatswesens. Diese Rückkehr zum Staat hat gewiss ihre Risiken, aber ohne sie wird es nicht gehen.

(Manuskript vom 10. 9.2004, erschienen als Essay in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ am 19.9.2004 unter der Überschrift „Mehr Staat wagen“)